

V0190/24

Arbeitspflicht für Flüchtlinge für gemeinnützige Arbeiten in Ingolstadt
-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 29.02.2024-

Antrag:

die AfD-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag:

Der Saale-Orla-Kreis hat es vorgemacht, und die Arbeitspflicht für gemeinnützige Arbeiten für Flüchtlinge eingeführt. Wer sich nicht daran hält, muss finanzielle Einbußen hinnehmen.

Nach Informationen aus dem Münchner Merkur müssen Flüchtlinge ab sofort täglich vier Stunden arbeiten und bekommen dafür 80 Cent die Stunde, also 64 € extra im Monat, die auf die Bezahlkarte geladen werden. Wer sich nicht an die Arbeitspflicht hält, bekommt hingegen von seinen Ansprüchen 180€ abgezogen.

Die nichtarbeitsberechtigten Flüchtlinge werden zu allgemeinnützigen Tätigkeiten wie Straßenreinigung, Reinigung der Asylunterkünfte, Schneeräumen usw. angehalten.

Bezugnehmend auf den Saale-Orla-Kreis beantragt die AfD-Fraktion im Ingolstädter Stadtrat:

1. Die Stadt Ingolstadt informiert sich beim Saale-Orla-Kreis über den genauen Wortlaut und die Konditionen des Beschlusses.
2. Die Stadt Ingolstadt übernimmt nach Beratungen innerhalb der Fraktionen den Beschluss des Saale-Orla-Kreises.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	04.07.2024	Bekanntgabe
Stadtrat	23.07.2024	Bekanntgabe

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 04.07.2024

Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V0190/24 und der Antrag der Verwaltung V0385/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Rehm bedankt sich bei Herrn Fischer und Frau Nehir für die ausführlichen Erklärungen und ebenso bei der CSU-Stadtratsfraktion, dass diese mit auf den Antrag aufgesprungen seien und sich dadurch die Möglichkeit ergeben habe, dass es ausführlich präsentiert werden konnte. Er teilt mit, dass er die Berichtspflicht an den Stadtrat als neutral ansehe.

Stadträtin Mader widerspricht der Aussage von Stadtrat Rehm, denn die CSU-Stadtratsfraktion sei keines Falls auf den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion aufgesprungen. Diese Bemerkung sei unnötig, so Stadträtin Mader.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird bekanntgegeben.